

Wer die Wahl hat ...



v.l.n.r.: Reinhard Merkle, Bernd Heinowski, Sarah Händel, Prof. Uwe Wagschal

Eine Einstimmung auf die bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen haben die „Anstöße“ im evangelischen Gemeindehaus angeboten. Entsprechend dem Motto „Wer die Wahl hat ...“ diskutierten unter der Leitung von Bernd Heinowski der Ortsvorsteher von Heidenhofen Reinhard Merkle, die Landesgeschäftsführerin „Mehr Demokratie e.V. Baden-Württemberg“ Sarah Händel und der Politologe Prof. Dr. Uwe Wagschal von der Universität Freiburg.

Einmal alle vier bis fünf Jahre sein Kreuzchen zu machen sei nicht genug, meinte Reinhard Merkle und verwies auf die Chance der Bürger, gerade im Rahmen der Kommunalpolitik in persönlichen Kontakt zu Mandatsträgern und Amtsinhabern zu treten. In diesem Zusammenhang wünschte er sich ein größeres Interesse der Öffentlichkeit an den Sitzungen der Ortschafts- oder Gemeinderäte.

Wählen sei in den letzten Jahren schwieriger geworden, konstatierte Sarah Händel und verwies auf die Aufsplitterung der Parteienlandschaft, der immer differenziertere Ansprüche seitens der Wähler gegenüberstünden. Auch verliere das Modell der repräsentativen Demokratie immer mehr an Attraktivität. Aus diesem Grund sprach sich Händel engagiert für Partizipationsformen der direkten Demokratie aus, wie z.B. Plebiszite oder Bürgerbegehren. Damit würden Entscheidungen wieder von der Personal- auf die Sachebene verlagert und die Bürger könnten ihre Kompetenzen stärken, aufgrund von solider Information zu begründeten Entscheidungen zu kommen.

Nicht ganz so optimistisch fiel die Bewertung durch Prof. Wagschal aus. Eine sachlich-objektive Information sei auch bzw. gerade in Zeiten des Internet nicht leicht zu bewerkstelligen. Als Beispiel führte er die gegenwärtige Wohnraumkrise an, deren Ursachen je nach politischer Ausrichtung den Spekulanten, der überbordenden Bürokratie, der Migration oder den Ansprüchen von Mietern und Hausbesitzern zugeschrieben würden. Dementsprechend unterschiedlich seien dann auch die geforderten Lösungen. Als weiteres Problem sah Wagschal die Gefahr, dass Mehrheitsentscheidungen nach dem Ja-Nein-Prinzip den Minderheitenschutz aushebelten. So hätten z.B. Volksentscheide sich in Kalifornien

gegen die Schulbildung von Migrantenkinder und in der Schweiz gegen die Einbürgerung von osteuropäischen Zuwanderern ausgesprochen. Auch seien Volksabstimmungen nicht gefeit gegen populistische Einflüsse. Insgesamt sei die Etablierung von direktdemokratischen Entscheidungen dennoch zu begrüßen, da sie das Mobilisierungspotential erhöhe und die Konfliktkultur stärke.

Die gut besuchte Veranstaltung klang aus mit einem Zitat des bayerischen Urgesteins Franz Josef Strauß: „ Ein guter Politiker schaut dem Volk aufs Maul, aber redet ihm nicht nach dem Mund!“

Bernd Heinowski